

Inhaltsverzeichnis

Dank	9
Einleitung	13
I. Teil: Das Umfeld der Auseinandersetzungen	
1. Frau und Familie in der bürgerlichen Gesellschaft	25
1.1. Zur Entwicklung der Familie	25
1.2. Geschlechtscharaktere und Geschlechterrollen	28
1.3. Konsequenzen der Geschlechterideologie und Rollentrennung	31
2. Wirtschaft, Politik und Gesellschaft in der Schweiz 1945–1971	35
2.1. Die wirtschaftliche Entwicklung	35
2.2. Die weibliche Erwerbstätigkeit in der Nachkriegszeit	38
2.3. Die politische und gesellschaftliche Entwicklung der Schweiz in der Nachkriegszeit	47
3. Zu den Chancen der Einführung des Frauenstimmrechts 1945–1971	59
II. Teil: «Es ist klar, dass Fragen einer derartigen Tragweite einer besonders sorgfältigen Erdauerung und Überprüfung bedürfen.» Das Frauenstimmrecht im Gesetzgebungsapparat	
1. «Die mittlere Schublade rechts»: Bundesrat und Bundesverwaltung im Umgang mit dem Frauenstimmrecht	71
1.1. «Stets dringlichere Geschäfte» bis 1951	72
1.2. «... hielt der Bundesrat dafür, dass die Zeit nicht gekommen ist»: Der Bundesratsbericht 1951	98
1.3. «Die Angelegenheit eilt»: Zivilschutz und Frauenstimmrecht	105
1.4. «Für die Zukunft des Bundes von schicksalshafter Bedeutung»: die Bundesratsbotschaft von 1957	118

1.5.	«Zuerst Beitritt ... Frauenstimmrecht nachher»: Europäische Menschenrechtskonvention und politische Gleichberechtigung	132
1.6.	«... dass der Frau schon heute auch das Stimmrecht zu gewähren ist»: die Botschaft des Bundesrates 1969	155
2.	«Die Frauen sollten warten, bis die Dinge reifer sind»: Beratungen im Parlament	171
2.1.	Vor dem Zweiten Weltkrieg	171
2.2.	Das Postulat Oprecht	180
2.3.	Die Postulate von Roten und der Bundesratsbericht von 1951	191
2.4.	Die vorbereitende nationalrätliche Kommission zum Bundesratsbericht von 1951	195
2.5.	Die Beratung im Nationalrat über den Bundesratsbericht von 1951	204
2.6.	Die vorbereitende Kommission des Ständerates zum Bundesratsbericht von 1951	212
2.7.	Die Beratung im Ständerat über den Bundesratsbericht von 1951	215
2.8.	Weitere Vorstösse mit Parteigeplänkel	222
2.9.	Die Bundesratsbotschaft von 1957 vor dem Ständerat	227
2.10.	Die Bundesratsbotschaft von 1957 vor der nationalrätlichen Kommission	237
2.11.	Die Nationalratsdebatte über die bundesrätliche Botschaft von 1957	243
2.12.	Die Motion Grendelmeier	257
2.13.	Die Kleine Anfrage und die Motion Schmitt-Genf	258
2.14.	Die Motion Tanner, das Postulat Cevey	266
2.15.	Die Debatte über die Europäische Menschenrechtskonvention im Nationalrat	269
2.16.	Die Menschenrechtsdebatte im Ständerat	289
2.17.	Die Motion Arnold	293
2.18.	Das Postulat Gerwig	302
2.19.	Das Datum der zweiten Abstimmung über das eidgenössische Frauenstimmrecht	303
2.20.	Die Bundesratsbotschaft von 1969 vor dem Nationalrat	306
2.21.	Die Bundesratsbotschaft von 1969 vor dem Ständerat	321
3.	Zusammenfassung: «Es stellt sich daher die Frage, ob unser demokratisches System die Einführung des Frauenstimm- und Wahlrechts überhaupt verträgt.»	331

III. Teil: Frauenorganisationen und Frauenstimmrecht

1.	Der Frauenstimmrechtsverein Zürich	345
1.1.	Von den Anfängen bis zum Zweiten Weltkrieg	345
1.2.	Die Mitglieder	355
1.2.1.	Soziale Zusammensetzung	356
1.2.2.	Entwicklung der Mitgliederzahlen	362
1.2.3.	Aussenkontakte des Vereins und Verhältnis zu den Männern	366
1.3.	Die Finanzen	369
1.4.	Die Vereinstätigkeiten bis 1971	371
1.4.1.	Nachkriegshoffnungen, kalter Krieg, Zürcher Frauenbefragung	371
1.4.2.	Von der eidgenössischen Abstimmung 1959 bis zur zürcherischen 1966	378
1.4.3.	Von der Begegnung mit der FBB zum «Marsch nach Bern»	387
1.4.4.	Erfolge und Ermüdung	399
1.5.	Andere Wege zum Frauenstimmrecht	402
1.6.	Die Argumentation im Kampf um das Frauenstimmrecht	414
1.7.	Zusammenfassung	428
2.	Der Schweizerische Verband für Frauenstimmrecht	435
2.1.	Die ersten Jahrzehnte	435
2.2.	Zusammensetzung und Entwicklung des Verbandes	454
2.2.1.	Soziale Zusammensetzung	454
2.2.2.	Zusammensetzung nach Sprachregionen	458
2.2.3.	Zur Kampfbereitschaft des Verbandes	462
2.2.4.	Entwicklung der Mitgliederzahlen und Sektionen	463
2.2.5.	Politische Haltung	465
2.3.	Tätigkeit bis 1971	469
2.3.1.	Erwartungen und Enttäuschungen nach dem Zweiten Weltkrieg	469
2.3.2.	Teilrechte, neue Interpretation oder Änderung der Verfassung?	477
2.3.3.	Vom Einsatz für einen umfassenden Bundesratsbericht bis zur Abstimmung 1959	484
2.3.4.	Gegen den «Marsch nach Bern»	494
2.3.5.	Für das Menschenrecht	513
2.4.	Die Presse und der SVF	525
2.5.	Frauenbild und Begründung der Frauenstimmrechtsforderung	542
2.6.	Zusammenfassung	563

3.	Die Gegnerinnen der politischen Gleichberechtigung	571
3.1.	Auftreten der Gegnerinnen	571
3.2.	Mitgliederzahlen und Organisationsstrukturen der Gegnerinnen	578
3.3.	Soziale Herkunft und Zivilstand der Gegnerinnen	581
3.4.	Gegnerische Methoden	594
3.5.	Die Argumentation der Gegnerinnen	605
3.5.1.	Antikommunismus	605
3.5.2.	Nationalismus	610
3.5.3.	Die natürliche Rollentrennung der Geschlechter	615
3.5.4.	Nutzlosigkeit des Stimmrechts für Frauen	626
3.5.5.	Antiintellektualismus und Sündenbocktheorie	629
3.5.6.	Verbesserungen ohne politische Gleichberechtigung	636
3.6.	Zusammenfassung	639
4.	Die Frauenbefreiungsbewegung	643
4.1.	Die FBB in der Presse	643
4.2.	Entstehung, Mitglieder und Organisation der FBB	650
4.3.	Forderungen und Vorstellungen der FBB	654
4.4.	Die Bedeutung der FBB in der Stimmrechtsfrage	665
	Schluss	669
	Abkürzungsverzeichnis	687
	Quellen und Literatur	689